



Fraktion

im Rat der Stadt Brühl



An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr und Mobilität
Herrn Wolfgang Weesbach

Rathaus Uhlstraße 3

50321 Brühl

Brühl, 15. November 2021

Antrag: Regulierung der E-Scooter

Sehr geehrter Herr Weesbach,
wir bitten Sie, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Mobilität am
30.11.2021, folgenden Antrag in der Tagesordnung zu berücksichtigen.

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität beauftragt den Bürgermeister,

- die Vermietung von E-Scootern als Sondernutzung des öffentlichen Raums einzustufen und den Anbietern zum 1. Januar 2022 Sondernutzungserlaubnisse nur in Verbindung mit der Auflage zu erteilen, dass E-Scooter ausschließlich auf ausgewiesenen Abstellflächen abgestellt werden können;
- solche Abstellflächen vor allem neben Bushaltestellen, Bahnhöfen und Carsharing- und Mobilstationen sowie im Bereich der Innenstadt und häufiger Fahrtziele vorrangig auf bisherigen Auto-Parkplätzen auszuweisen (z. B. auf dem Belvedere, neben dem Balthasar-Neumann-Platz, auf dem Heider-Bergsee-Parkplatz, an Schloss Falkenlust, am Phantasialand; außerdem ggf. an Stellen vor allem in Wohngebieten, die weiter als 250 m von Bushaltestellen entfernt sind);
- diese Abstellflächen so bald wie möglich auch physisch zu markieren (und zwar möglichst so, dass auf der Abstellfläche geparkte Roller, auch wenn sie umfallen, keinen Fußweg blockieren.);
- bei der Einrichtung der geplanten Mobilstationen ausreichend Platz für E-Scooter mit einzuplanen.

Begründung

Die im Dezember 2020 eingeleitete einjährige Pilotphase für den Betrieb von E-Scootern in Brühl geht zu Ende und bedarf einer Evaluation. Es ist keine Frage, dass die E-Scooter sich insbesondere bei jungen Menschen großer Beliebtheit erfreuen und rege genutzt werden. Der Anbieter SPIN versicherte seinerzeit: „Wildwuchs wird dadurch vermieden, dass es – anders als z. B. in Köln – wenige Roller und nur einen Anbieter gibt“ (siehe Beschlusstext 488/2020 vom 1. Dezember 2020). Inzwischen gibt es fünf Anbieter und extrem viele Roller in Brühl, und der „Wildwuchs“ ist zu einem erheblichen Problem geworden.

In der am 13. November 2020 fertiggestellten Vorlage 488/2020 ging die Verwaltung gemäß der damals vorherrschenden Rechtsmeinung (vgl. die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags vom 6. April 2020) noch davon aus, dass die Vermietung von E-Scootern ein „Gut für den Gemeindegebrauch“ und daher nicht genehmigungspflichtig sei. Am 20. November 2020 entschied jedoch das Oberverwaltungsgericht Düsseldorf, dass dies eine Sondernutzung sei, da bei der Abstellung der Roller der „gewerbliche Zweck, den Abschluss eines Mietvertrags zu bewirken“ im Vordergrund stehe (11 B 1459/20, Satz 39). Diese Rechtsgrundlage versetzt die Kommunen in die Lage, sinnvolle Auflagen zu erteilen, so dass abgestellte Miet-E-Scooter nicht mehr genauso behandelt werden müssen wie abgestellte Privat-Fahrräder. Als erste deutsche Stadt hat Düsseldorf entsprechende **Sondernutzungserlaubnisse** erteilt. Diesem Vorbild folgen inzwischen weitere Städte (z. B. Berlin, Dresden und Nürnberg).

Der in vielen deutschen Städten zu beobachtende „Wildwuchs“ und die mannigfachen Konflikte mit FußgängerInnen und vor allem mit Rollstuhl-, Rollator- und KinderwagenfahrerInnen haben inzwischen auch die Anbieter selbst dazu gebracht, gekennzeichnete Abstellflächen zu befürworten (vgl. Bericht im *Tagesspiegel* vom 12. August 2021). Auch für die BenutzerInnen der E-Scooter dürfte es von Vorteil sein, zu wissen, dass sie z. B. an der nächsten Bushaltestelle einen E-Scooter finden werden (und zwar in der Regel direkt mehrere von mehreren Anbietern), statt ziellos auf die Suche nach einem E-Scooter zu gehen oder fünf verschiedene Apps zu konsultieren, um herauszufinden, wo der nächste steht.

Die Software der Anbieter ist jetzt schon in der Lage, das Abstellen der Roller in Abstellverbotszonen dadurch zu verhindern, dass die NutzerIn sich in diesen Zonen nicht ausloggen und damit die Mietdauer nicht beenden kann. Die Verbotszonen werden den NutzerInnen darüber hinaus auf einer Karte bekannt gegeben, so dass sie ihre Fahrt entsprechend planen können. Durch eine Ausweisung von speziellen Abstellflächen würde quasi das ganze Stadtgebiet mit Ausnahme dieser Abstellflächen zu einer großen Abstellverbotszone. Zwar kann die Software wegen der Ungenauigkeit der GPS-Ortung nicht verhindern, dass ein E-Scooter 10 m von der gekennzeichneten Fläche entfernt auf dem Gehweg geparkt wird, aber ein solches Verhalten böte keinen Bequemlichkeitsvorteil. Sollten nach Einführung der gekennzeichneten Abstellflächen dennoch derartige Fehlparkungen gehäuft vorkommen, könnte die Stadt den Anbietern zur weiteren Auflage machen, dass zur Abmeldung ein Foto des ordnungsgemäß abgestellten Rollers hochgeladen werden und falsch abgestellte Roller durch den Anbieter geahndet werden müssen. Zusätzliche soll in der Satzung verankert werden, dass die Aufsteller verpflichtet werden falsch abgestellte E-

Scooter zu beseitigen. Sofern dies nicht durch den Aufsteller erfolgt, soll dies durch die Stadtverwaltung übernommen werden.

Des Weiteren sollte nach dem Vorbild der Stadt Düsseldorf eine Aufstellgebühr pro Fahrzeug pro Jahr von 50 € erhoben werden, um die Gesamtanzahl der Fahrzeuge auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren.

Alle von der Verwaltung vorgesehenen Abstellflächen zu kennzeichnen, kostet natürlich Zeit. Es ist daher auch denkbar, das Abstellen von E-Scootern zunächst an Bushaltestellen, Carsharing-Stationen und den acht Brühler Bahnhöfen auch ohne Kennzeichnung entsprechender Abstellflächen zu ermöglichen, so dass die Sondernutzungserlaubnisse schnell umgesetzt werden können. Denkbar ist auch, dass die Abstellflächen vorläufig nur auf einer Karte markiert und mit den Anbietern abgesprochen werden, so dass der Weiterbetrieb der E-Scooter nach den neuen Regeln gewährleistet ist, auch während die physischen Markierungen in der Stadt noch in Arbeit sind. Letztlich sollen aber alle Abstellflächen – auch diejenigen an Bushaltestellen, Bahnhöfen und Carsharingstationen – so bald wie möglich auch durch physische Markierungen gekennzeichnet werden, um das Abstellen der E-Scooter auf Gehwegen zu verhindern und wo möglich auf bisherige Auto-Parkplätze zu verlagern. Langfristig sollte die Stadt in Absprache mit den Anbietern bei Bedarf weitere Abstellflächen auf bisherigen Auto-Parkplätzen markieren, um dem Ideal der Anbieter, dass es „alle 250 Meter eine Abstellfläche“ geben solle (vgl. den erwähnten *Tagesspiegel*-Bericht), so weit entgegenzukommen, wie es sinnvoll erscheint, – allerdings nicht „an jeder Kreuzung“ des Autoverkehrs, wie von ihnen vorgeschlagen, sondern eben vorrangig an den „Kreuzungen“ mit ÖPNV, Fußwegen und Carsharing.

Dank des in der eKfV vorgesehenen Piktogramms

„Elektrokleinstfahrzeug“ kann die Markierung der Abstellflächen durch das Parkplatzschild mit Zusatzschild erfolgen (Quelle Abbildungen rechts: *Tagesspiegel* vom 16.11.2019 bzw. *Hallo München* vom 15.09.2020) oder durch Markierungen auf dem Boden wie auf den Fotos unten (Quelle: *Münchner Wochenanzeiger* vom 08.02.2021 bzw. *Abendzeitung* vom 13.10.2020) oder durch beides.



Die ursprünglichen Erwartungen, E-Scooter würden zumindest teilweise Autos ersetzen, haben sich nicht erfüllt. Dennoch stellen die Roller inzwischen für einen Teil der Bevölkerung ein wichtiges innerstädtisches Verkehrsmittel dar. Durch die Bevorzugung von Bushaltestellen, Bahnhöfen und Mobilstationen bei der Einrichtung von Abstellflächen werden die E-Scooter besser mit ÖPNV und Carsharing verzahnt, so dass sie dazu beitragen



können, die Benutzung von Verkehrsmitteln, die tatsächlich das Auto ersetzen können, bequemer zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Weitz
Fraktionsvorsitzender



Simone Holderried
Fraktionsvorsitzende